

Eine selbstbewusste Schweiz im Herzen Europas

Autor(en): **Studer, Petra**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **1 (2001)**

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833108>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EINE SELBSTBEWUSSTE SCHWEIZ IM HERZEN EUROPAS

Petra Studer, Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz

Der 6. Dezember 1992, der 21. Mai 2000 und der 4. März 2001: drei Abstimmungs-Sonntage, welche den Lauf der Schweizer Europapolitik in grossem Masse bestimmt haben. Die Ablehnung eines Beitritts der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) war für unsere Kreise eine herbe Enttäuschung, hätte ein EWR-Beitritt doch eine einfache Ausdehnung der vier Freiheiten (Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen) auf unser Land mit sich gebracht. Wir sahen uns darum gezwungen, die gravierendsten Nachteile des Ausschlusses vom EWR auf bilateraler Ebene zu kompensieren. Die mühsam ausgehandelten sieben sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU wurden im Mai letzten Jahres mit einem deutlichen Mehr vom Souverän abgesegnet; dies war ein klares Zeichen dafür, dass das Schweizer Volk für pragmatische Lösungen in der Europapolitik durchaus zu haben ist. Der Volksinitiative „Ja zu Europa“ wurde diesen Frühling jedoch eine bittere Abfuhr erteilt, was nun wiederum für die Zukunft der Schweizer Europapolitik weichenstellend ist. Das Schweizer Volk ist nicht bereit, einen übereilten EU-Beitritt anzustreben, wenn die bilateralen Verträge heute noch nicht einmal in Kraft getreten sind. Die Auswertung des Abstimmungsergebnisses hat klar gezeigt, dass dieses Nein keineswegs einer Absage an weitere Integrations-schritte entsprach; vielmehr wollte es eine verantwortungsbewusste und gemässigte Gangart in der Schweizer Europapolitik untermauern.

Unsere heutige Europapolitik ist ein Resultat der drei oben genannten Lektionen. Ein EU-Beitritt steht für das kommende Jahrzehnt wohl kaum mehr zur Debatte, was jedoch keineswegs zu einer Trübung der Beziehungen zwischen der Schweiz und den anderen europäischen Staaten führen muss. Im Gegenteil: mit der angekündigten Aufnahme weiterer bilateralen Verhandlungen in Bereichen wie Innere Sicherheit, Asylwesen, Zollbetrug oder Zinsbesteuerungen wird beiderseits ein Interesse an weiteren Integrationsschritten bekundet.

Die Schweiz liegt im Herzen Europas. In einer immer mehr vernetzten Welt kann es uns darum nicht egal sein, was die EU-Staaten machen, sowie es auch der EU nicht gleichgültig sein kann, was in einer für sie geographisch wie auch wirtschaftlich „neuralgischen Zone“ passiert. In der Verkehrspolitik sind wir auf gemeinsame Lösungen angewiesen, da die Schweiz als Knotenpunkt des europäischen Nord-Süd-Verkehrs zu betrachten ist, was uns mit

den aktuellen Problemen beim Transitverkehr mehr als deutlich vor Augen geführt wird. Des Weiteren ist die Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz nicht zu unterschätzen; aus Angst vor Kapitalflucht hat die EU vehementes Interesse an einer verstärkter Kooperation in diesem Gebiet. Dasselbe gilt auch im Bereich der Bekämpfung von organisierter Kriminalität, wo die Schweiz als ein undichtes Leck im Schengener System der Sicherheits-Zusammenarbeit betrachtet wird.

Diese Beispiele zeigen mehr als deutlich, dass die europäischen Staaten in den verschiedensten Bereichen auf die Mitarbeit der Schweiz angewiesen sind. Und diese Einsicht sollte uns auch zu mehr Selbstbewusstsein auf dem europapolitischen Parkett verhelfen. Bei den nächsten Verhandlungen mit dem „großen Partner“ soll die Schweiz ihre Trümpfe nicht allzu früh offen legen, sondern selbstsicher in die Diskussion einsteigen. Dieser bilaterale Weg soll mittelfristig auch das Credo der Schweizer Europapolitik bleiben. Parallel dazu können wir uns nach der Inkraftsetzung der sektoriellen Abkommen an den „europäischen Puls“ gewöhnen; dies wird vor allem im Bereich der Personenfreizügigkeit und des Landverkehrs von Bedeutung sein. Nicht zuletzt wird der Rhythmus unserer Europapolitik auch stark von der Weiterentwicklung in der EU geprägt sein: bei wachsender Zentralisierung ist ein EU-Beitritt der Schweiz unwahrscheinlich; erhält der Föderalismus jedoch zunehmend mehr Gewicht, ist die Adhäsion einer institutionell gut vorbereiteten Schweiz zu einem ausgereiften Zeitpunkt eine durchaus legitime Option.

Darüber hinaus dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass in vielen Gebieten - das Paradebeispiel der Handelspolitik einmal weggelassen - die Interessen der Schweiz mit einer verstärkten europäischen Integration einher gehen. Denken wir nur an die Forschung, wo die Schweiz heute zu den Spitzenreitern gehört, dieses Niveau langfristig aber nur dank verstärkter Kooperation mit anderen Staaten, europa- sowie weltweit, halten können wird. Es sei auch die Bildungspolitik genannt, wo die Schweiz bestrebt ist, europäische Standards zu übernehmen, damit unsere Hochschuldiplome auch über die Schweizer Grenzen hinaus anerkannt sind und damit unsere Studierenden auf einfacherem Wege ein Studium in einem EU-Land absolvieren können. Nicht zuletzt gilt es die Umweltpolitik ins Rampenlicht zu stellen, wo der Schweiz eine Vorreiterrolle beigemessen wird und die EU-Länder von unseren Erfahrungen profitieren können.

Leider werden die positiven Seiten und die Erfolge unserer Integrationspolitik oft von eher negativen Schlagzeilen in den Hintergrund gedrückt. Denken wir

hier zum Beispiel an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Regionen, welche sich stetig weiterentwickelt, ohne dass ihr ein spektakulärer Charakter beigemessen wird. In einer „Euregio Basiliensis“, einer „Euregio Bodensee“ oder einem „Arc Léman“ ist die europäische Integration zu einer nicht mehr wegzudenkenden Realität geworden. Hier spielt sich nämlich – abseits der bedeutenden Institutionen – das ab, was zum Inbegriff der Europapolitik werden müsste: ein Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalität, welche voneinander profitieren und lernen können; und dies im Bewusstsein, Europäer zu sein.